

Nationalratswahl 2019 – Positionierung zu vegan-relevanten Themen

Die Vegane Gesellschaft Österreich hat alle Parteien, die bundesweit zur Nationalratswahl 2019 antreten, per E-Mail zu ihrer Positionierung zu vegan-relevanten Themen befragt.

In diesem Dokument finden Sie die an uns übermittelten Antworten der Parteien. So sollen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit unseres Artikels und unserer Grafik gewährleistet werden.

Liebe Grüße
Vegane Gesellschaft Österreich

Inhaltsverzeichnis

ÖVP	2
SPÖ.....	4
FPÖ.....	7
NEOS.....	10
JETZT.....	13
KPÖ	16
GRÜNE.....	19
WANDEL	22

ÖVP

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen herzlichen Dank für die Übermittlung Ihres Fragebogens. Gerne dürfen wir Ihnen antworten und unsere Positionen zu den angesprochenen Themen übermitteln.

Unsere christlich-sozialen und liberalen Werte, die unter anderem auch Eigenverantwortung und die Selbstbestimmung des Menschen in den Mittelpunkt stellen, sind die Grundlage für unser politisches Handeln. Die Ernährung und deren konkrete Ausgestaltung sind für uns Themen, die jeder Mensch selbst regeln kann und muss. Eine vegane oder vegetarische Lebensweise sind für uns daher ebenso wie andere Ernährungsformen auch Entscheidungen des Einzelnen und daher selbstverständlich zu respektieren. Wir möchten dabei grundsätzlich den Konsum regionaler und gesunder Lebensmittel mit positiven Anreizen unterstützen.

Auch im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion ist uns Wahlfreiheit wichtig. Daher fördern wir in europäischen Landwirtschaftsprogrammen größtenteils Flächen. Das bedeutet: Förderungen sind mit wenigen Ausnahmen an Flächen gebunden und nicht an Produkte. Die Entscheidung, was genau produziert wird, steht dem Landwirt frei.

Als Volkspartei setzen wir uns seit geraumer Zeit für eine verpflichtende Lebensmittelkennzeichnung ein. Fleisch- oder Milchersatzprodukte sollten aus unserer Sicht auch als solche bezeichnet werden müssen. In einer gemeinsamen Benennung der Produkte sehen wir eher eine Irreführung der Konsumenten. Eine klare Lebensmittelkennzeichnung und Transparenz bieten angesichts einer stark wachsenden Nachfrage auch klare Wettbewerbsvorteile für vegane und vegetarische Produkte. Eine weitere staatliche Subventionierung in Form von Steuererleichterungen sehen wir als nicht notwendig.

Lebensmittel müssen vor allem sicher und qualitativ hochwertig sein. In der Europäischen Union haben wir eines der besten Kontrollsysteme weltweit und wir wollen, dass auch weiterhin diese Sicherheit gewährleistet wird. Gleich ob vegan oder nicht – die Gesundheit der Konsumenten hat Vorrang. Das Kriterium der Lebensmittelsicherheit muss demnach auch im Mittelpunkt von Zulassungsverfahren stehen.

Wir stehen für einen Lebensmittelmarkt, der von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und dabei immer auch die ökologischen Aspekte beachtet. Gleichzeitig stehen wir hinter der heimischen Landwirtschaft, die regionale Produkte von höchster Qualität produziert und eine wichtige Stütze für den ländlichen Raum ist.

Beim Fleischkonsum geht es uns vor allem darum, das Bewusstsein für regionales Fleisch und den bewussten Konsum zu stärken. Ein bewusster Fleischkonsum ist sowohl im Interesse des Klimaschutzes als auch im Sinne der Gesundheitsförderung.

Österreich ist in Europa und in der Welt ein Vorreiter im Tierschutz. Das gilt es auch in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Tiere – egal ob Nutz- oder „klassische“ Haustiere – sollen in unserem Land würdevoll behandelt werden. Unsachgemäße Haltung und Quälerei dürfen bei uns keinen Platz haben!

Verbesserungen kann und muss es in der Zukunft auch geben. Aber es bedarf aller Beteiligten diese Verbesserungen auch mitzutragen: Die Bäuerinnen und Bauern, die Verarbeiter, der Lebensmittelhandel und vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten. Reden wir über Tierwohl und Tierschutz! Aber führen wir eine ehrliche Diskussion und verkaufen wir die Leistungen unserer heimischen Landwirtschaft nicht unter ihrem Wert. Schwarze Schafe und illegale Handlungen im Tierbereich sind die Ausnahme und gehören jedenfalls verfolgt. Damit hat der durchschnittliche heimische Landwirt nichts zu tun!

Wir hoffen, hiermit die Positionen der Volkspartei übermittelt zu haben und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

SPÖ

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

Ja. Eine Ernährung die auf wenig oder gar keine tierischen Anteile setzt, kann einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige und klimaschonende Landwirtschaft leisten. Darum wäre es gut, Statistiken darüber zu haben, wie sich die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung bei tierischen Produkten entwickeln.

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Solange auf der Packung klar ersichtlich ist, welche Zutaten im Produkt sind, sollen pflanzliche Alternativen weiterhin Bezeichnungen wie Joghurt oder Schnitzel tragen dürfen. Ein Bezeichnungsverbot für pflanzliche Produkte bietet keinen ersichtlichen Mehrwert für die KonsumentInnen.

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Siehe auch Frage 2

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

Ja. Am besten wäre selbstverständlich eine EU-weit einheitliche Definition, die die EU-Institutionen gemeinsam mit VertreterInnen von Lebensmittelindustrie und Verbraucherorganisationen erarbeiten. Hier muss das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenschutz den Druck auf EU-Ebene erhöhen. Die zweitbeste Lösung wäre eine vorläufige österreichische Regelung, die das Ministerium für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenschutz in Absprache mit der Lebensmittelindustrie und unseren nationalen Verbraucherorganisationen sowie weiteren Interessensgruppen erarbeiten sollte.

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

Es gibt Gründe, pflanzliche Milchalternativen bei der Umsatzsteuer für Lebensmittel anzugleichen. Darum sprechen wir uns dafür aus, in der nächsten Gesetzgebungsperiode gemeinsam mit ExpertInnen des Finanzministeriums zu prüfen, wie ein begünstigter Steuersatz für pflanzliche Milchalternativen als von Getränken abgegrenztes Lebensmittel im engeren Sinn vorgesehen werden kann.

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

Ja

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

Ja

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel / niedrigere Gelder
- konventionelle pflanzliche Lebensmittel / niedrigere Gelder
- biologische tierische Lebensmittel/ höhere Gelder
- biologische pflanzliche Lebensmittel /höhere Gelder

Die SPÖ will in der Landwirtschaft eine Bio-Wende einleiten:

- Bestimmende Kriterien für die Höhe der Direktzahlungen (1. Säule): messbare Nachhaltigkeitskriterien und die benötigte Arbeitsleistung – nicht mehr die Fläche!
- Mit den Agrarfördermitteln (2. Säule) wollen wir landwirtschaftliche Betriebe zukünftig bei der Umstellung auf eine tiergerechtere und umweltfreundlichere Landwirtschaft unterstützen. Fördermittel sollen nur noch ausgezahlt werden, wenn chemisch-synthetische Pestizide messbar reduziert werden und ein Tierschutzniveau eingehalten wird, das über den europäischen und innerstaatlichen Mindest-Tierschutzstandards liegt. Insbesondere große landwirtschaftliche Betriebe, die konventionelle tierische und pflanzliche Lebensmittel produzieren und diese Kriterien nicht erfüllen, würden demnach weniger Gelder aus der GAP erhalten.

9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische SojaherstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

Ja

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses!

Ja.

Eine Passage zum Themenbereich Tierschutz findet sich u.a. im SPÖ-Grundsatzprogramm (2018) auf Seite 47.

<https://www.spoe.at/wp-content/uploads/sites/739/2018/12/Parteiprogramm2018.pdf>

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken
Ja – dieses grausame Verfahren gehört sofort abgestellt sobald die entsprechenden alternativen Techniken einsatzbereit sind.

- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung
Ja – hier braucht es zwar eine Übergangsfrist, um kleinen und mittleren Betrieben den Übergang zu ermöglichen. Wir plädieren aber dafür, diese Betriebe mit finanziellen Mitteln aus der GAP so zu unterstützen, dass diese Übergangszeit möglichst kurz gehalten werden kann und den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben der Umstieg erleichtert wird.
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln
Ja – dieses Verfahren gehört unbedingt eingestellt.
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG).
Ja – wir unterstützen Verschärfungen. Auch hier fordern wir eine Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe durch GAP-Mittel, damit eine Anpassung schnell umgesetzt werden kann und den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben der Umstieg erleichtert wird.

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Für die SPÖ ist wichtig, dass gesunde und umwelt-/klimafreundliche Ernährung nicht vom Einkommen und den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen abhängt. Viele ÖsterreicherInnen würden sich bei entsprechender Wahlmöglichkeit für saisonal, regional und biologisch produzierte Lebensmittel entscheiden.

Wie man mit den richtigen Anreizen die Umwelt schützt und die Gesundheit fördert, machen die SPÖ geführten Bundesländer Wien, Burgenland und Kärnten vor: Stärkung der biologischen Landwirtschaft, die Schaffung neuer Ertragschancen für heimische Bauern, mit gesundem Essen in Spitälern, Kindergärten und Schulen, mit mehr Qualitätsbewusstsein und regionaler Wertschöpfung und mit dem Schutz von Umwelt und Gesundheit durch die konsequente Pestizid-Reduktion.

Damit die Konsumentin oder der Konsument tatsächlich bewusst entscheiden kann, braucht es aber auch eine transparentere Kennzeichnung der Lebensmittel, welche seitens der SPÖ schon lange eingefordert wird.

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Siehe Antwort 12.

FPÖ

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

Um evidenzbasierte Politik betreiben zu können, ist es notwendig auf verlässliche statistische Daten zurückgreifen zu können. Nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft sowie die breite Öffentlichkeit benötigen verlässliche statistische Informationen. Wenn die genannten Ernährungsgruppen also immer mehr an Bedeutung gewinnen, dann sollten hier auch die entsprechenden Erhebungen dazu durchgeführt werden, um fundierte Daten bereitstellen zu können.

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Im Sinne des Konsumenten- und Verbraucherschutzes muss für den Konsumenten aber auf Anrieb ersichtlich sein, welches Produkt er gerade in Händen halten.

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Aber es darf zu keiner Irreführung des Konsumenten kommen.

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

Ja, aber nur wenn es rechtlich verbindliche Definitionen dazu gibt, um gewährleisten zu können, dass die Produkte richtig deklariert sind und der Verbraucher nicht in die Irre geführt wird.

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

JA. Aufgrund der Tatsache, dass viele pflanzlichen Milchalternativen noch mit Zusätzen versehen werden, sind diese im europäischen Raum als Getränk eingestuft und daraus resultiert auch die höhere Besteuerung, welche im Einklang mit den EU-rechtlichen Bestimmungen steht. Darunter fallen somit auch weitere Getränke wie Energy Drinks z.B. Daher würde eine Ausnahmeregelung für pflanzliche Milchalternativen wohl eine Ungleichbehandlung darstellen. Daher müsste hier aus unserer Sicht auf EU-Ebene Initiative ergriffen werden und die Besteuerung im Allgemeinen überdacht werden.

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

Ja. Wir sehen Milch als einen wichtigen Bestandteil unserer Ernährung, jedoch gibt es Kinder mit Unverträglichkeiten etc. und hier wäre es wichtig eine Alternative anbieten zu können.

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

Ja, unabhängig von der Ernährungsgruppe soll für jeden ein Angebot zur Verfügung stehen.

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel
- konventionelle pflanzliche Lebensmittel
- biologische tierische Lebensmittel
- biologische pflanzliche Lebensmittel

Österreich ist vielfältig und so ist auch unsere Landwirtschaft reich an Vielfalt. Hier eine Bewertung abzugeben, wäre nicht objektiv, wobei auf die biologische Landwirtschaft besondere Rücksicht genommen werden muss.

9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische SojaherstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

Seit Jahren stellen wir die AMA und ihre Organisation in Frage und daher sind wir der Meinung, dass es hier einer Überarbeitung bedarf, in der auch geprüft werden sollte, ob Sojaprodukte in das AMA Marketing Gesetz aufgenommen werden sollten.

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses! Tierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Dieser muss integrierter Teil bei jeder einschlägigen Gesetzesmaterie werden. Dh. jedes Gesetz muss auch darauf hin bewertet werden, ob es nicht direkt oder indirekt dem Tierschutz schadet bzw. Tierleid herbeiführen kann. Dh. es muss einen Tierschutz-Check für jede neue Gesetzesmaterie geben. Gleichzeitig müssen auch bereits geltende Gesetze daraufhin evaluiert werden, ob sie nicht potentiell gegen den Tierschutz gerichtet sind. Das gilt auf Bundes- und Landesebene.

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken
- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine

geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG)

Österreich nimmt im Bereich des Tierschutzes eine Vorreiterrolle ein. In keinem anderen Land gab es in den letzten Jahren dermaßen viele Anpassungen, um das Tierwohl zu verbessern - sei es im allgemeinen Bereich, aber auch speziell im Bereich der Landwirtschaft. Jedoch gibt es nach wie vor Praktiken, die weder zeitgemäß, noch Tierschutzkonform oder aus wirtschaftlichen Gründen nachzuvollziehen sind. Hier ist sicherzustellen, dass gemeinsam mit allen Betroffenen und Beteiligten, also auch gemeinsam mit der Landwirtschaft Maßnahmen gesetzt werden, um für mehr Tierwohl und mehr Tierschutz zu sorgen.

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Verschiedene Ernährungsgruppen hier gegeneinander auszuspielen oder ein Urteil zu treffen, welche der Ernährungsgruppen für den Klimaschutz besser ist, halten wir für den falschen Weg. Jeder Bürger soll selbst entscheiden, wie er sich ernährt und soll so angepasst an seine Ernährungsgewohnheiten alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen, die zu mehr Klimaschutz beitragen.

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Ob und inwieweit gewisse Ernährungsstile gesund oder ungesund für einen sind, muss jeder selbst für sich entscheiden. Es soll jedem frei stehen sich so zu ernähren, wie er will.

NEOS

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

Ja. Grundsätzlich wäre es aus Sicht der NEOS sinnvoll im Rahmen von Erhebungen zum Themenkomplex Gesundheit auch genauere Daten zu den Ernährungsgewohnheiten bzw. zum Fleischkonsum einzuholen.

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja, solange für Konsument_innen klar ersichtlich ist um welches Produkt es sich handelt und was es (nicht) beinhaltet.

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja, solange für Konsument_innen klar ersichtlich ist um welches Produkt es sich handelt und was es (nicht) beinhaltet.

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

Ja. Wir NEOS stehen für gut informierte Kund_innen und transparente Produkte und fordern klare, (idealerweise europaweit) einheitliche Kennzeichnungen von Lebensmitteln. Bei der genauen Definition würden wir uns an den wissenschaftlichen Konsens halten.

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

Wir wären im Prinzip offen Umsatzbefreiungen für Lebensmittel zu überarbeiten und gemäß klima- und gesundheitspolitischer Aspekte zu überdenken.

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

Ja. Konsum von tierischen Milchprodukten ist weder für Kinder noch Erwachsene zwingend notwendig und für viele aufgrund von Laktoseintoleranz gar nicht möglich, daher wäre das Angebot von Alternativen auf jeden Fall sinnvoll.

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

Nein. Derzeit ernähren sich gemäß verschiedener Schätzungen ca. nur etwa 0.5-1.0% der Bevölkerung vegan, daher scheint eine rechtliche Verpflichtung überzogen.

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel
- konventionelle pflanzliche Lebensmittel
- biologische tierische Lebensmittel
- biologische pflanzliche Lebensmittel

Wir sind grundsätzlich für eine stärkere Orientierung der landwirtschaftlichen Förderpolitik an umwelt- und klimapolitische Kriterien, allerdings gegen ein Auseinanderdividieren anhand von Bio/Nicht-Bio Definitionen. Vor allem aber befürworten wir eine CO₂ Steuer, welche einen signifikanten Wettbewerbsvorteil für nachhaltig produzierende landwirtschaftliche Produkte bringen würde.

9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische SojaherstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund Soja diesbezüglich anders als andere landwirtschaftliche Produkte zu behandeln.

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses! Umwelt- und Tierschutz werden ein integraler Bestandteil unseres Wahlprogramms, welches wir derzeit finalisieren und in Kürze auf unserer Website öffentlich machen werden.

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken - JA, haben auch im Juni im Nationalrat entsprechend gestimmt!
- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung - JA, haben auch im Juni im Nationalrat entsprechend gestimmt!
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln- JA, haben auch im Juni im Nationalrat entsprechend gestimmt!
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG) - Wir sind durchaus offen, hier Anpassungen vorzunehmen.

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Durch die von uns geforderte, aufkommensneutrale CO₂ Steuer wird - vor allem weniger nachhaltig produziertes oder importiertes Fleisch teurer und klimaschonende, regionale Lebensmittel günstiger. Dies wird gewisse Lenkungseffekte erzielen und der Staat kann zusätzlich informierend und sensibilisierend wirken. Weitere Maßnahmen sind nicht notwendig.

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Moderater Konsum von hochwertigen tierischen Produkten sind per se nicht notwendigerweise gesundheitsschädlich, daher nicht gesundheitspolitische Priorität.

JETZT

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?
 - Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
 - Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
 - Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

JA. Es wäre sehr wichtig, die demografische Entwicklung vom Fleischkonsum hin zu pflanzlichen Alternativen verfolgen zu können, und zwar sowohl für politische Entscheidungen des Parlaments, als auch für Kampagnenentscheidungen der Zivilgesellschaft.

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

JA. Die Kokosmilch ist auch eine Milch. Die Konsument_innen laufen keineswegs Gefahr, pflanzliche Milchprodukte zu kaufen und mit tierischen zu rechnen. Dafür ist es, umgekehrt, sehr wichtig, dass die Menschen, die Alternativen zu Tierprodukten kaufen wollen, wissen, was sie beim Kauf zu erwarten haben.

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

JA. Siehe Punkt 2 analog für Fleischalternativen.

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

JA. Um Missbrauch vorzubeugen, wäre eine gesetzliche Definition wünschenswert. Man könnte sich dabei an den bereits bestehenden Gütezeichen mit diesen Begriffen orientieren.

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

JA. Die Liste JETZT ist sogar dafür, für konventionelle Tierprodukte den Steuersatz auf 20 % anzuheben, sodass tierliche Bioprodukte dagegen gefördert werden. Ebenso sollten pflanzliche Alternativen, die ja vom Standpunkt des Klimaschutzes, des Tierschutzes und der ökologischen Ressourcen besser sind, den niedrigen Steuersatz bekommen. Tierprodukte kann man nicht als Grundnahrungsmittel bezeichnen.

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

JA. Die Gesellschaft muss sich über jeden Menschen, der zu pflanzlichen Alternativen greift, freuen, weil er mithilft, das Klima und die Tiere zu schützen. Pflanzliche Alternativen bereit zu stellen, sollte daher überall dort ermöglicht werden, wo der Staat die jeweiligen Produkte finanziert.

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

JA. Siehe Punkt 6.

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?
- konventionelle tierische Lebensmittel
 - konventionelle pflanzliche Lebensmittel
 - biologische tierische Lebensmittel
 - biologische pflanzliche Lebensmittel

Wir brauchen eine Umkehr in der Subventionspolitik. Momentan bekommen konventionelle Großbetriebe das meiste Geld, weil pro „Vieheinheit“ oder Fläche gefördert wird. Das Tierschutz- und Klimaschutzprogramm der Liste JETZT enthält die klare Vorgabe, die Weichen für den Ausstieg aus der industriellen Tierproduktion zu stellen. Daher sollte die Vergabe von Subventionen zwingend an eine verbesserte Tierhaltung gekoppelt werden, insbesondere bei Neu- und Umbauten. Zusätzlich wird die Erzeugung von Tierprodukten mit rund 80 % der Agrarsubventionen überproportional gefördert. Biobetriebe sollten generell bei Subventionen bevorzugt werden.

9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische SojaherstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

JA. Würde der Fleischkonsum in Österreich um nur 20 % zurückgehen, könnte man die Tierproduktion entsprechend drosseln, und wäre dann in der Lage, sämtliche Nutztiere mit österreichischem Soja zu versorgen, anstatt, wie bisher, 600.000 Tonnen genmanipulierten Sojaschrot aus brandgerodeten Regenwaldgebieten zu importieren. Die Sojaherstellung in Österreich gehört entsprechend gefördert.

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses!

JA. Siehe Beilage.

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?
- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken
 - Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung
 - Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln
 - Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TschG).

JA. Die ersten drei Punkte wurden von Daniela Holzinger von der Liste JETZT in Form eines Initiativantrags dem Nationalrat vorgelegt. Am 25. September haben die Parteien, und insbesondere die FPÖ, noch einmal die Chance, durch ihre Zustimmung den Tierschutz gemeinsam voran zu bringen. Der vierte Punkt gehört umgehend im Tierschutzgesetz richtig gestellt. Nach einer Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft, hat man die Ausnahmen aus der entsprechenden Verordnung in das Gesetz übertragen und damit die Beschwerde der Volksanwaltschaft unterlaufen. Dieses Vorgehen der Regierung ist skandalös.

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

JA. Die Liste JETZT hat sich als einzige Partei für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von Fleisch aus industrieller Massentierhaltung ausgesprochen.

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

JA. Es ist bekannt, dass die Menschen in Österreich aus mehreren Gründen zu viel Fleisch und andere tierliche Produkte konsumieren. Einerseits weil das den Klimawandel fördert und weil die Massenherstellung von Tierprodukten nur industriell funktioniert und die Tiere darunter leiden, andererseits aber auch weil das gesundheitsschädlich ist. Die Menschen sollten maximal 3 Mal pro Woche und nur wenige hundert Gramm Fleisch konsumieren, sagt uns die Ernährungswissenschaft.

KPÖ

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?
 - Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
JA
 - Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
JA
 - Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen
JA

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

JA

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

JA

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

JA – durch ein entsprechendes, EU-einheitliches Label / Labels, das in Kooperation mit vegan/vegetarischen Interessensverbänden erarbeitet werden soll.

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

JA

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

JA

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

JA

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel
 - konventionelle pflanzliche Lebensmittel
 - biologische tierische Lebensmittel
 - biologische pflanzliche Lebensmittel
9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische SojaherstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

JA

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses!

Wir kandidieren als Bündnis "Alternative Listen, KPÖ Plus, Linke und Unabhängige" und haben uns zusammengefunden um uns für leistbares Wohnen, eine Ende der Spaltung der Gesellschaft, ein Ende von käuflicher Politik und sozial gerechte Maßnahmen gegen die Klimakrise einzusetzen. Als Bündnis haben wir kein Tierschutzprogramm, wir übermitteln gerne die Beschlusslage zum Tierschutz bei der KPÖ.
<http://kpoe.at/partei/positionen/2017/artgerechtes-leben-fuer-tiere>

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken
JA
- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung
JA
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln
JA
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG).
JA

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
JA
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
NEIN
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln
JA

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln

- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Wir sprechen uns im Bereich der Gesundheitsförderung für eine umfassende, öffentliche und von Wirtschaftsinteressen unabhängige Information über Risiken und Vorteile unterschiedlicher Lebensmittel und Ernährungsgewohnheiten aus. Aus gesundheitspolitischer Sicht ist der Konsum von Fleisch zu hoch und der Konsum pflanzlicher Lebensmittel zu gering. Weitere wichtige Themen in diesem Zusammenhang sind der Zusatz von Zucker in verarbeiteten Lebensmitteln. Maßnahmen, die das Angebot an vegetarischen und veganen Lebensmitteln und Mahlzeiten fördern unterstützen wir.

GRÜNE

Frage 1: Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

Das Sammeln personenbezogener Daten ist für uns Grüne ein sensibles Thema und muss immer höchst transparent und mit Rücksicht auf den persönlichen Datenschutz passieren. Dennoch wären dies selbstverständlich interessante Daten. Also ein klares Ja von unserer Seite, vorausgesetzt, der Prozess erfolgt transparent! Wir halten es für sinnvoll, das Konsumverhalten der Österreichischen Bürger*innen statistisch zu erheben, um der landwirtschaftlichen Produktion sowie dem Handel eine bessere Möglichkeit zu geben, auf mögliche Konsumveränderungen zu reagieren. Zudem kann durch bessere Information über das Ernährungsverhalten der Bürger*innen auch mit notwendigen Bewusstseinskampagnen in Bezug auf die Herausforderungen der Klimakrise reagiert werden.

Frage 2: Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Die Grünen kämpfen ganz klar gegen den Versuch von konservativen Kräften, pflanzliche Alternativen zu Milch und Fleisch mit Bezeichnungsverboten zu belegen. Auch Produkte auf Pflanzenbasis sollen die bisher geläufigen Produktbezeichnungen tragen dürfen.

Frage 3: Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Siehe Frage 2.

Frage 4: Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

Ja. Wir Grünen streben hier eine gesamteuropäische Lösung an, um einen Bezeichnungs-Fleckerlteppich zu vermeiden. Die EU-Kommission ist prinzipiell dafür zuständig, Vorschläge für die Begriffsdefinitionen zu machen, ist allerdings noch säumig. Wir Grüne wollen größtmögliche Transparenz für Konsument*innen und sind offen für Vorschläge seitens der Zivilgesellschaft, um deren Interessen gegenüber der Kommission geltend zu machen.

Frage 5: Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

Ja. Pflanzliche Alternativen dürfen nicht höher besteuert werden, als tierische Produkte. Das halten wir für unfair und widersinnig.

Frage 6: Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

Ja. Gesunde pflanzliche Alternativen zu herkömmlicher Milch sollen auch in der Schule angeboten werden, um Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Wahl zu treffen bzw. Alternativen zu probieren. Auch für Schüler*innen mit Laktoseintoleranz wäre dies zu begrüßen.

Frage 7: Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

Ja. Die Grünen halten es grundsätzlich für notwendig, dass rein pflanzliche Alternativen in öffentlichen Kantinen angeboten werden. Wir fordern, dass öffentliche Küchen täglich zumindest eine vegetarische und eine vegane Speise anbieten sollen.

Frage 8: Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel
- konventionelle pflanzliche Lebensmittel
- biologische tierische Lebensmittel
- biologische pflanzliche Lebensmittel

Wir wollen die Gemeinsame Agrarpolitik, die gerade auf EU-Ebene verhandelt wird, vom Kopf auf die Füße stellen. Da bedeutet, dass nachhaltig wirtschaftende Betriebe vermehrt gefördert werden müssen. Selbstverständlich darf in unserem Konzept die industrialisierte Tierhaltung, die weder Tierschutz- noch Umweltstandards einhält, keine öffentlichen Gelder mehr erhalten. Die Förderungen sollen an Kriterien wie überdurchschnittlich hohe Tierschutzstandards, pestizid- und gentechnikfreier Anbau, ökologische und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion, usw. gebunden sein. Langfristig soll es dabei um eine komplette Umstellung der Produktion auf agrarökologische Landwirtschaft gehen.

Frage 9: AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische Sojaprodukte in das AMA Marketing Gesetz aufzunehmen?

Ja. Es ist nicht nachvollziehbar, warum österreichische Sojaprodukte nicht von der AMA beworben werden. Wir wollen die Verwendung der Marketingbeiträge der Bäuerinnen und Bauern seitens der AMA Marketing GmbH durch einen Kontrollbeirat, in dem auch Vertreter*innen der Parlamentsparteien vertreten sind, kontrollieren.

Frage 10: Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses!

Wir verfügen derzeit noch nicht über ein eigenes Tierschutzprogramm. Das Grüne Tierschutzforum hat ein Tierschutzprogramm entwickelt, das aber noch nicht von den Mitgliedern und den Landesorganisationen bestätigt wurde. Zudem gibt es in unserem

Wahlprogramm, das Ende August präsentiert wird, ein Kapitel zu Tierschutz. Wir senden Ihnen dieses gerne nach der Präsentation zu.

Frage 11: Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken
- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG).

Ja. Alle oben genannten Punkte werden von den Grünen zur Gänze unterstützt. Wir treten jedoch dafür ein, die Bäuerinnen und Bauern bei der Umsetzung der Maßnahmen zu unterstützen.

Frage 12: Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Ja. Ernährungsstile, die ohne tierische Produkte auskommen, müssen unterstützt werden. Vegetarische und vegane Produkte sollen klar und gut erkennbar gekennzeichnet sein. Es braucht mehr Bewusstsein und auch regulierende Maßnahmen, um Produkte aus tierrechtlich inakzeptablen Verhältnissen vom Markt zu bringen. Öffentliche Küchen sollen täglich zumindest eine vegetarische und eine vegane Speise anbieten. Eine Kennzeichnung von Lebensmitteln hinsichtlich ihrer Klimawirkung unterstützt einen klimaschonenden Ernährungsstil.

Frage 13: Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln

Ja. Die Österreicher*innen essen zu viel Fleisch und andere tierische Produkte. Das schadet nicht nur dem Klima, sondern produziert auch enormes Tierleid und ist ungesund.

WANDEL

1. Soll die Statistik Austria im Rahmen von amtlichen nationalen Statistiken die Anzahl folgender Ernährungsgruppen in Österreich erheben?

- Personen, die ihren Fleischkonsum reduzieren (wollen), d.h. FlexitarierInnen
- Personen, die kein Fleisch und keinen Fisch konsumieren, d.h. VegetarierInnen
- Personen, die keine tierischen Lebensmittel konsumieren, d.h. VeganerInnen

Keine Position.

2. Sollen pflanzliche Alternativen zu Milch und Milchprodukten mit Begriffen wie Milch, Käse, Joghurt usw. bezeichnet werden dürfen?

Nein. Wir fordern auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft, Dinge klar zu benennen. Es spricht nichts dagegen, pflanzliche Alternativen als Milchersatz zu bezeichnen.

3. Sollen pflanzliche Alternativen zu Fleisch mit Begriffen wie Burger, Schnitzel, Würstel usw. bezeichnet werden dürfen?

Ja. Diese Begriffe sind Beschreibungen von Zubereitungsarten; Schnitzel können sowohl mit Kalbsfleisch als auch Kohlrabi gemacht werden.

4. Sollen die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ zur Lebensmittelkennzeichnung gesetzlich klar definiert werden? Wenn ja, auf welche Art und Weise?

Ja.

vegetarisch = ohne Fleisch/Fisch

vegan = ohne tierische Produkte

5. Kuhmilch wird als Grundnahrungsmittel eingestuft und unterliegt einem Umsatzsteuersatz von 10 %, pflanzliche Milchalternativen werden als Getränk gesehen und mit 20 % besteuert. Ist Ihre Partei dafür, pflanzliche Milchalternativen mit dem ermäßigten Steuersatz von 10 % zu besteuern?

Ja

6. Sollen pflanzliche Milchalternativen ins Schulmilchprogramm aufgenommen werden?

Ja (als Milchersatzprodukte)

7. Soll es in Kantinen von öffentlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Kasernen, ein Recht auf eine vegane Option geben, d.h. rein pflanzliche Speisen als Wahlmöglichkeit in Ergänzung zum bestehenden Angebot?

Ja

8. Sollen im Rahmen von Agrarförderungen zukünftig höhere, gleichbleibende oder niedrigere Gelder an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt werden, welche die folgenden Produkte erzeugen?

- konventionelle tierische Lebensmittel weniger
- konventionelle pflanzliche Lebensmittel weniger
- biologische tierische Lebensmittel mehr
- biologische pflanzliche Lebensmittel mehr

9. AMA-Marketing nimmt Beiträge von ihren Mitgliedern ein und verwendet diese zur Bewerbung von gewissen landwirtschaftlichen Produkten. Sojaprodukte aus heimischer Landwirtschaft werden nicht gefördert. Ist Ihre Partei dafür österreichische Sojaprodukt-HerstellerInnen ins AMA Marketing Gesetz aufzunehmen? Ja

10. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, bitte senden Sie uns dieses!

Kein eigenes Tierschutzprogramm. Link zu unserem Zukunftsprogramm:
www.derwandel.at/konkrete-utopie-konkrete-politik

11. Befürwortet Ihre Partei folgende Tierschutzmaßnahmen?

- Verbot des Tötens von sogenannten Eintagsküken Ja
- Verbot von Vollspaltenböden in der Schweinehaltung Ja
- Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln Ja
- Verschärfung des Verbots der Anbindehaltung von Rindern (u.a. das Nicht-Vorhandensein von geeigneten Weideflächen oder Auslaufflächen kann dazu führen, dass Rindern keine geeigneten Bewegungsmöglichkeiten oder kein geeigneter Auslauf oder Weidegang gewährt werden muss, siehe § 16 TSchG). Ja

12. Sollen öffentliche Maßnahmen zum Klimaschutz mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch Ja
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln Ja
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln Ja

13. Sollen öffentliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung der ÖsterreicherInnen mit jeweils folgenden Zielen gesetzt werden?

- Reduktion des Konsums von Fleisch Ja
- Reduktion des Konsums von anderen tierischen Lebensmitteln Ja
- Förderung des Konsums von pflanzlichen Lebensmitteln Ja